

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mth., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Leipzig, den 24. Januar 1922

Leipzig, den 24. Januar 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Erbesanzeigen 1 Mth. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzeygen 5 Mth. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 10

Vertragsgemeinschaft der Buchdrucker im Gebiete der Freien Stadt Danzig

Begründende Sitzung des Danziger Tarifamts Dienstag, 10. Januar 1922, vormittags 10^{1/2} Uhr.

Anwesende: von Seiten der Arbeitgeber: Bähre, Gorchalko, Krogoll, Siebenfreund; von Seiten der Arbeitnehmer: Bulla, Sübner, Radtke, Wiczorek. Die Sitzung wird eröffnet durch den Vorsitzenden des Vereins der Buchdruckereibesitzer im Gebiete der Freien Stadt Danzig, Herrn Krogoll, mit dem Ausdruck des lebhaftesten Wunsches auf ein recht ergebnisreiches Zusammenarbeiten. Herr Sübner antwortet in zukünftigen Worten. Herr Bulla dankt namens der Gehilfenschaft den Verhandlern der Arbeitgeber für die mühevollen Arbeiten an Werke der Vertragsgemeinschaft. Herr Siebenfreund erwidert diesen Dank seitens der Arbeitgeber und spricht die Hoffnung aus, daß das in gemeinsamer Arbeit Geschaffene sich zum Wohle des Buchdruckgewerbes auswirken möchte.

Es werden folgende Erklärungen abgegeben: Von Seiten der Arbeitgeber: Zum Prinzipalvorsitzenden im Tarifamt ist gewählt worden Herr Kurt Siebenfreund, zum Vertreter des Vereins der Buchdruckereibesitzer im Gebiete der Freien Stadt Danzig ist gewählt worden Herr Max Krogoll. Die übrigen Prinzipalmitglieder des Tarifamts sind die Herren Bähre und Brünzen, die Stellvertreter sind die Herren Bodenstein, Böner und Gorchalko.

Von Seiten der Arbeitnehmer: Es sind gewählt worden zum Gehilfenvorsitzenden im Tarifamt Herr Arthur Sübner, zum Vertreter des Buchdruckervereins der Freien Stadt Danzig (V. d. B.) Herr Robert Bulla. Die übrigen Gehilfenmitglieder des Tarifamts sind die Herren Radtke und Wiczorek.

Herr Siebenfreund übernimmt alsdann den Vorsitz. Es wird einstimmig beschlossen, daß der § 4 Absatz 1 der Geschäftsordnung für das Danziger Schiedsgericht auch auf die Mitglieder des Danziger Tarifamts Anwendung finden soll. Die Ausschüsse der danach zustehenden Gebühr von 6 Mth. für jede Sitzung soll jeweils am Schluss eines Jahres oder beim Ausscheiden eines Mitgliedes alsdann erfolgen.

Mit der Regelung der Kassenangelegenheiten des Danziger Tarifamts werden die Herren Brünzen von Seiten der Prinzipale, Bulla von Seiten der Gehilfen betraut.

Die Wahl des Juristen wird für eine der nächsten Sitzungen zurückgestellt.

Der Vertragsgemeinschaft gehören durch ihre Zugehörigkeit zum Vereine der Buchdruckereibesitzer die folgenden Firmen an:

- | | |
|-----------------------------------|---|
| 1. A. M. Kafemann, G. m. b. H. | 12. S. F. Boenig, b. S. |
| 2. „Danziger Allgemeine Zeitung“ | 13. Karl Bächer, |
| 3. Paul Springer, | 14. H. Müller vorm. Wedelsche Hofbuchdruckerei, |
| 4. W. F. Burau, | 15. G. Wicowski & Co., |
| 5. Ditz & Co., | 16. S. Keller Nachf., |
| 6. „Danziger Neueste Nachrichten“ | 17. Bruno Goerges, |
| 7. Franz Raczkiewicz, | 18. „Dziennik Cdanski“, |
| 8. „Danziger Volksblatt“, | 19. „Gazeta Gdanska“, |
| 9. A. Gorchalko, | 20. H. Schrotz, |
| 10. Julius Sauer, | 21. „Soppolter Zeitung“, |
| 11. Bodenstein & Mielbke, | Soppol. |

Auf Ihren Antrag wurden in die Vertragsgemeinschaft ferner aufgenommen die Firmen:

- | | |
|---------------------------------|---|
| 22. Rudolf Witt, | 25. Walter Klapp, |
| 23. Herberl Schnelle, | 26. „Danziger Volksstimme“, |
| 24. „Danziger Arbeiterzeitung“, | 27. Schwalb & Rohrbach, sämtlich in Danzig. |

Von den 42 Bezirken im Freistaatsgebiete gehören demnach 27 der Vertragsgemeinschaft an, in ihnen werden von den im Freistaatsgebiete befindlichen 420 Buchdruckereibesitzer 381 beschäftigt.

Das Danziger Schiedsgericht wird mit folgender Besetzung eingeleitet:

Von Seiten der Arbeitgeber die Herren Dr. Richter, Springer, Schrotz, als Stellvertreter die Herren Dr. Fuchs, Tolschhoff und Ditz;

Von Seiten der Arbeitnehmer die Herren Perlich, Schottke, Karl Kolbe, als Stellvertreter die Herren Streich, Riemann und Glowienka.

Als Vertreter des Vereins der Buchdruckereibesitzer Herr Kwiatkowski;

Als Vertreter des Buchdruckervereins Herr Stepha. Der Danziger Arbeitsnachweis wird eingeleitet mit Herrn Bulla als Leiter. Die Aussicht über ihn sollen von Seiten der Arbeitgeber ausüben die Herren Raczkiewicz, Capzewski und Reeh, die drei Gehilfenvertreter werden später gewählt werden.

Das Danziger Beschwerdemaß wird mit folgender Besetzung eingeleitet: die Herren Paul Springer, Dr. Richter und Tolschdorff.

Auf Vorschlag der Gehilfenvertreter wird ein Lehrlingsprüfungsausschuss in Aussicht genommen, für den von Seiten der Gehilfen die Herren Paul Kossmann, Woodtke und Perlich benannt werden. Die Vertreter der Arbeitgeber werden später gewählt werden.

Es wird einstimmig beschlossen, beim Senat der Freien Stadt Danzig den begründeten Antrag auf allgemeine Verbindlichkeitserklärung des Danziger Vertragsgemeinschaft begründenden Vertrags zu stellen.

Auf Antrag der Gehilfenvertreter wird einstimmig beschlossen, den Danziger Arbeitsnachweis auch auf die Vermittlung von geübtem Hilfspersonal auszudehnen, das der Vertragsgemeinschaft angehört. Die Vertreter der Prinzipale sichern sich, daß die Mitglieder des Vereins der Buchdruckereibesitzer darauf hingewiesen werden, bei Bedarf den Arbeitsnachweis zu benutzen.

Von Seiten der Gehilfenvertreter wird auf die Tarifauschubssitzung am 24. Januar mit dem Bemerken „hingewiesen, daß Fragen zur Erörterung gelangen, die insbesondere die ostdeutschen Druckorte und mittelbar auch Danzig angehen; es wird daher als wünschenswert erachtet, daß die Vertragsgemeinschaft an den Verhandlungen teilnimmt.“

Auf Antrag der Gehilfenvertreter wegen der Entlohnung von Korrektoren lag der Prinzipalvorsitzende zu, bei den betreffenden Firmen dafür einzutreten, angemessene freiwillige Zulagen zu bewilligen.

Die beiden Vorsitzenden des Tarifamts werden beauftragt, die nötigen Drucksachen für das Danziger Tarifamt gemeinsam zu bestimmen.

Was die Not der Zeit fordert

Die Geldentwertung steht in sehr schlechtem Rufe. Niemand mag sich mit ihr befremden. Wie aber so oft das Beste verkauft wird, so auch die Geldentwertung. Wir könnten ohne sie ja gar nicht existieren. Denken wir uns bloß einmal, daß die Geldentwertung nicht wirksam gewesen wäre. Welche Schuldenlast würde uns dann heute drücken, welche Zinssummen müßten wir dann zahlen und wie viele Menschen könnten dann von ihren Zinsen ohne Arbeit leben. Die schaffende Arbeit wäre dann in einer noch verzweifelteren Lage als heute, sie müßte bei ungemessener Arbeitszeit hungern, nur um die Ansprüche zu befriedigen, die sich aus den während des Krieges angehäuften Vermögen ergeben würden. Daß die Geldentwertung bei ihrer Zerführung der Vermögen nun wahllos wirkt und besonders die Unschuldigen trifft, liegt auch wieder in den Zeitverhältnissen begründet. Unsere heutige Wirtschaft belohnt den Rücksichtslosen und bestraft den Unständigen. Sie behandelt den Arbeitenden als Paria und den Nichtstuer als Schokolad. Wer heute eine Arbeit bestellt und wartet als gebüdiges Schaf, bis alle die drängenden Rücksichtslosen befriedigt sind, zahlt sicher, weil ja alles inzwischen teurer geworden ist, den doppelten Preis. So wird auch der am meisten durch die Geldentwertung bestraft, der die wirtschaftsfördernde Arbeit leistet. Das ist der Geldbankrotter. Er gilt in der öffentlichen Meinung, der patentierten Geldwertverfälscher, als Schädling, der bestraft werden muß. Nicht genug, daß er es verläumt, durch Zinsverlangen an der mageren Wirtschaftsbrot zu laugen, daß er das Opfer der Geldentwertung ohne jede Gegenleistung auf sich nimmt, macht man seine Schelme ganz und gar ungenüßig und freut sich dieblich über seinen Reichtum. Selber ist man doch viel klüger und anständiger, man sorgt dafür, daß das Geld arthulter und Früchte trägt. Der aufgebähte Stolz solcher Gebrunnathenen kann ja gar nicht abnen, daß sie zerstörende Kräfte rollieren helfen. Aber wie alles in der Natur weise ist, so dienen auch diese zerstörenden Kräfte der Entwicklung, denn sie zerstören doch nur die rudimentären Elemente in ihr. Das Leben wir nirgends so deutlich wie bei der Geldentwertung. Sie ist nämlich nicht die Ursache, sondern selbst nur eine Wirkung, und

zwar eine Wirkung zur Ausmerzung schädlicher Ursachen. Diese Ursache ist die widernatürliche Vermögensbildung. Die Unterdrückung der Konsummöglichkeit der Armen, das Zinswollen der Sparenden, die Geldgier der Spekulanten, das alles hat zerstörend auf die Wirtschaft gewirkt und hat aber auch zugleich als natürliche Selbstkraft die Geldentwertung mobil gemacht. Sie sucht das Vermögen immer wieder auf das volkswirtschaftlich notwendige Maß zurückzuführen. Deshalb die Vermögenszerstörung. Sie zerstört aber auch den überflüssigen Wirtschaftsvorrat. Das Zinswollen wird durch sie immer mehr zurückgedrängt. Was nicht es dem Sparrer, wenn er einige Mark Zinsen erhält und durch die Geldentwertung den vielfachen Betrag der Zinssumme einbüßt. Er wird geradezu mit der Nale daraufsetzogen, sein Geld keinem eigentlichen Zwecke zuzuführen, nämlich dem Konsum, zum Verbräuche des Wirtschaftsvorrats. Das war, im Gegenfalle zu den andern Ländern, und zwar gerade den wirtschaftstarken, so wenig unter den Kräfte zu leiden haben, verdanken wir lediglich der Geldentwertung. Außerdem wirkt die Geldentwertung noch in einer besonderen Weise nützlich. Sie zwingt nämlich die Arbeiter Lohnerhöhungen zu fordern und durchzuführen. Ohne das es ihnen zum Bewußtsein kommt, gehören sie damit zu den Kräfte, die der Gebundung der Wirtschaft dienen. Hier stehen wir vor einem der großen Ströme, die aus dem menschlichen Wollen heraus die Wirtschaft beeinflussen wollen, und zwar dem Ströme, der aus der modernen Arbeiterbewegung fließt. Das elementarste Wollen der Arbeiter ist das Verlangen nach einem auskömmlichen Lohne. Dieses Verlangen stößt auf den beständigen Widerstand der Unternehmer. Der Grund liegt darin, daß diese, von solchen Voraussetzungen ausgehend, in ganz falschen Schlüssen kommen. Sie leben ganz mit Unrecht in den Lohnerhöhungen eine Wirtschaftsschädigung. Da es sich hier um eine Frage von allergrößter Wichtigkeit handelt, müssen wir darauf etwas näher eingehen.

Wir nehmen ein Beispiel, und zwar das Buchdruckgewerbe. Das Buchdruckgewerbe ist zugleich Gebrauchsgewerbe und Luxusgewerbe. Es dient dem allgemeinen Gebrauchsbedarf und dem Kulturlust des gesamten Volkes. Wenn wir sonst dem Luxus Gebrauchs anlagen, hier stellen wir uns hinter ihn und suchen ihn zu fördern (allerdings mit einer Ausnahme: der Schundliteratur, die eine ganz gemeine Stoffblüte ist). Es liegt nicht nur im Interesse der Buchdruckereibesitzer, sondern auch dem der Allgemeinheit, daß das Buchdruckgewerbe floriert, daß seine Erzeugnisse in jedes Haus kommen. Die erste Voraussetzung dafür ist, daß die Leute diese Erzeugnisse bezahlen können. Weil aber das Buch ein Luxus ist, müssen sie ein Einkommen haben, das über die Befriedigung ihrer notwendigen Lebensbedürfnisse hinausgeht. Das gesamte Druckgewerbe hat also ein Interesse daran, daß die Arbeiterschaft auf bezahlt wird. Dazu muß es selbst einmal vorangehen und dann in ihren Erzeugnissen den Gedanken angemessener Entlohnung propagieren. Nun sind aber auch die Buchdruckereibesitzer der Auffassung, daß hohe Löhne die Wirtschaft ruinieren. Sie folgern, daß die Lohnerhöhung dazu zwingt, den Preis zu erhöhen und daß dann niemand diesen Preis zahlen könne. Das wäre richtig, wenn die Unternehmer die Macht hätten, jede weitere Lohnerhöhung zu unterbinden. Dann würde aber der Wirtschaftskrisis eintreten, den sie fürchten. Das unsere Wirtschaft heute floriert, verdankt sie vor allen Dingen den periodisch wiederkehrenden Lohnerhöhungen. Hier können wir den Segen der Geldentwertung geradezu mit Händen greifen. Wir müssen nur etwas tiefer gehen. Wenn die Arbeiter merken, daß ihr Einkommen absolut nicht ausreicht, auch nur die allerdingsten Bedürfnisse zu befriedigen, müssen sie eine Lohnerhöhung durchsetzen. Die Unternehmer müssen, um auf ihre Kosten zu kommen, den Preis der Ware erhöhen. Dieser höhere Preis kommt aber vorläufig noch gar nicht zur Geltung. Er ist im Werden, alle Produktion, die vorhanden ist, ist noch zu günstigeren Bedingungen hergestellt, und steht auch zu günstigeren Bedingungen auf dem Markte. Diesen Bedingungen ist der neue Lohn angepaßt und mit seiner Hilfe wird der Markt geräumt. Kommt dann die neue Produktion auf den Markt, dann kommt wieder der Zwang zur Lohnerhöhung und mit ihrer Hilfe wird auch dieser Markt geräumt. Wir haben also eine periodische Folge von Lohnerhöhung und Markträumung. Diese Schraube hat selbstverständlich einmal ein Ende und kann nicht ewig gedreht werden. Das soll sie auch nicht.

Jede Umdeutung macht das vorhandene Geld wertloser. Die Flucht vor dem Geld in die Ware wird all-

gemein. Die Betriebe können gar nicht genug produzieren, so groß ist das Verlangen nach Ware. Die Unternehmer haben gemerkt, daß jede Lohnerhöhung eine größere Prosperität zur Folge hat. Sie selber haben Interesse an der Lohnerhöhung. Da sind wohl einige, die wollen nicht mit. Sie revoltieren. Sie haben glänzend verdient. Ihr Überschub ist Millionen. Doch was haben sie davon. Die dieses Jahr verdienten Millionen im nächsten Jahr nur noch die Hälfte, überdies ein Viertel wert. Die Geldentwertung ist ihnen ein Grauel. Aber was hilft es. Die Konkurrenz ist da. Da sind Druckereibesitzer, die arbeiten, tüchtig arbeiten, aber dafür auch leben wollen. Ihr Geld fließt in den Konsum. Sie brauchen neues. Also produzieren, die Maschinen laufen lassen. Und wieder sind andre da. Die haben Ehrgeiz. Sie wollen größer werden. Sie werfen ihre Rielenverdienste nicht in den Konsum, sondern sie auch nicht auf, sondern werfen sie in die Maschinen. Sie steigern die Produktion und unterfüttern damit das Festhalten der Geldentwertung, Warenvorrat und Geld ins Gleichgewicht zu bringen.

Und wie im Buchdruckgewerbe, so geht es in der übrigen Industrie auch. Sie alle sind mit dem Massenkonsum verknüpft, und ihr eigenes Interesse ist es, daß die Arbeiter Lohnerhöhungen bekommen. Dann würde es auch möglich sein, der Wohnnot entgegenzuarbeiten. Die billige Miete, d. h. die künstlich niedrig gehaltene Miete, ist nur deshalb notwendig, weil die Löhne der Arbeiter niedrig sind. Die Lohnerhöhung würde es dem Arbeiter ermöglichen, einen den Verhältnissen entsprechenden Mietzins zu zahlen. Das würde die Bauwirtschaft ungemein beleben.

Die Arbeiterbewegung erstrebt die Konsumfähigkeit der breiten Masse nicht als Selbstzweck, sondern im Interesse der Wirtschaft. Sie hat auch gar kein Interesse daran, immer wieder darum zu kämpfen, richtiger gesagt, zu kämpfen. Deshalb verlangt sie einen Überlohn, d. h. einen Lohn, der aus feststehenden Verbrauchsziffern hergeleitet wird und der Geldentwertung in gleicher Linie folgt. Er würde also schamlos mit der Entwertung steigen, mit der Wertsetzung des Geldes fallen. Dabei ist die Arbeiterkassette nicht so furchtbar, für alle Menschen gleichen Lohn zu verlangen. Auch sie ist dafür, daß eine Abstützung nach Qualitätsunterschieden erfolgt.

Berlin. E. L.

Berufsgenossenschaftliche Unfallerschädigung und -verhütung

2. Unfallverhütung

Wenn unter Berücksichtigung der einheitlich maßgebenden Gesetzgebung für die Unfallversicherung der jeweils erforderliche Betrag für die Kosten der Unfallverhütung und Entschädigung (einschließlich Verwaltungsausgaben) der Berufsgenossenschaften im allgemeinen dafür als Gradmesser dienen kann, ob ein Gewerbegebiet besonders unfallgefährlich ist, so kommt das deutsche Buchdruckgewerbe erfreulicherweise ziemlich auf dabei weg. Diese Tatsache ergibt sich aus Vergleichen mit den statistischen Feststellungen aller 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften Deutschlands nach den entsprechenden Angaben im statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. Stellen wir beispielsweise die Ergebnisse der allgemeinen gewerblichen berufsgenossenschaftlichen Statistik aus den Jahren 1913 und 1917 (letzte bis jetzt vorliegende Jahresstatistik) der Buchdruckerberufsgenossenschaft gegenüber, so ergibt sich folgende Übersicht:

| | Alle 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften | | Buchdruckerberufsgenossenschaft | |
|---|---|-------------|---------------------------------|-------------|
| | 1913 | 1917 | 1913 | 1917 |
| Zahl der Betriebe | 828 335 | 750 736 | 8 615 | 8 471 |
| Zahl der Versicherungspflichtigen | 10 630 437 | 7 655 433 | 217 455 | 159 267 |
| Verstorbene auf je einen Betrieb im Durchschnitt | 12,8 | 10,2 | 26,4 | 15,0 |
| Jahresverdienst pro Versicherter im Durchschnitt | Mk. 1289 | Mk. 1808,50 | Mk. 1218 | Mk. 1385,30 |
| Gesamtausgabe auf je einen Mark des Jahresverdienstes der Versicherter für sämtliche Zwecke der Unfallversicherung (einschl. Verwaltungskosten) | Pf. 1,4 | Pf. 1,5 | Pf. 0,4 | Pf. 0,6 |
| Verhältnis der Ausgaben für Entschädigungen aus Beitragsansätzen zu den Gesamtausgaben | 74,4 | 72,0 | 63,3 | 58,4 |
| Entschädigung aus Beitragsansätzen auf je einen Mark des durchschnittlichen Jahresverdienstes der Versicherter | Pf. 1,09 | Pf. 1,04 | Pf. 0,28 | Pf. 0,36 |
| Ausgabe für Unfallverhütung auf je einen Mark der Gesamtausgaben der Berufsgenossenschaften | Pf. 1,5 | Pf. 0,9 | Pf. 4,0 | Pf. 2,7 |
| Verhältnis der Ausgaben für Unfallverhütung zu je 100 Mk. des durchschnittlichen Jahresverdienstes der Versicherter | Pf. 2,1 | Pf. 1,4 | Pf. 1,7 | Pf. 1,6 |

Aus vorstehender Übersicht geht hervor, daß die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft bezüglich Verhütung durch die Unfallversicherung um 60—70 Proz. unter dem Reichsdurchschnitt aller gewerblichen Berufsgenossenschaften bleibt. Die große Mehrzahl aller übrigen Gewerbe- und Industriezweige hat mehr für diesen Zweck der Sozialversicherung aufzubringen. Prüfen wir jedoch das Ausgangskonto bezüglich des Anteils für Unfallverhütung, so erhalten wir den Schlüssel zur Erklärung dieser günstigen oder verhältnismäßig niedrigen Gelamtausgabe. Denn für Unfallverhütung gab die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft in beiden Jahren unter statistischen Stichprobe 260 bis 300 Proz. mehr aus, als der diesbezügliche Durchschnitt aller 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug. Diese Mehrausgabe resultiert sich jedoch geradezu müßiggelügend, indem sie dazu beiträgt, nicht nur trotz zunehmender maschineller Produktion die Betriebsunfallgefahren relativ aufzuhalten, sondern auch deren Folgen wesentlich zu mildern, was sich dann leuchtend in einer sehr beachtenswerten Reduzierung der Gesamtausgaben und der Umlagebeiträge der Berufsgenossenschaft als zunehmende Belastung des Gewerbes von unwirtschaftlichen Vorkosten zeigt. Für die Arbeiter ist diese vorbildliche Unfallverhütung von großem Nutzen. Denn sie garantiert ihnen die bessere Erhaltung, von Gesundheit und Arbeitskraft. Mag auch ein Teil der Unternehmer über die Unfallverhütungsvorschriften der Buchdruckerberufsgenossenschaft ärgerlich sein, da manche Schutzvorschriften usw. doch auch Geld kostet, so sind diese Kosten doch niemals so hoch, als daß sie nicht durch Ersparnisse an Unfallrenten und Umlagebeiträgen, insbesondere aber durch Erhaltung der menschlichen Arbeitskräfte an Nutzen für das Gesamtgewerbe weit überbrosen werden.

Erfreulicherweise hat sich gerade auf dem Gebiete der Unfallverhütung innerhalb der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft in den letzten Jahren ein enges Zusammenarbeiten mit den Versicherern und ihren organisatorischen und beruflichen Vertretern herausgebildet, das dem ganzen Problem kräftigere und praktikablere Grundlagen als früher brachte. Wir glauben mit Recht behaupten zu dürfen, daß auf diesem Gebiete die meisten übrigen Berufsgenossenschaften von der des Buchdruckgewerbes noch viel lernen könnten. Die Unfallgefahren im Buchdruckgewerbe sind nicht kleiner als in vielen andern Gewerben, aber das nach und nach immer besser gewordene gemeinsame Wirken der Genossenschaft und der Versicherer hat diese Gefahren erheblich gemindert. Und sie werden sicher noch weit mehr abnehmen, wenn diese Bahn weiter beschritten wird. Sie führt zu einer nach menschlichem Ermessen idealen Lösung der Bekämpfung der Unfallgefahren und zur leichten Kostendeckung eines wohl niemals ganz zu vermeidenden Restes von Betriebsunfällen. Je entschlossener die Berufsgenossenschaft auf diesem Wege voranschreitet, desto unschädlicher werden auch ihre bürgerlichen Sorgen wegen der von der Arbeiterkassette geborenen Reform der Unfallversicherung werden. Denn je geringer die Zahl der Unfälle wird, um so leichter wird eine gerechte und nur der reinen Menschlichkeit dienende Regelung der Unfallerschädigung, ohne dem Gewerbe unerträgliche Lasten aufzubürden.

Fassen wir nun nach diesen allgemeinen Betrachtungen die Gefahrenquellen der Betriebsunfälle etwas näher ins Auge, so verteilen sich die im Jahre 1920 vorgekommenen Unfälle auf 1770 gemeldete an Maschinen, wovon nur 292 oder 16,5 Proz. eine Entschädigung erforderten, und 1508 gemeldete Unfälle anderer Herkunft, wovon nur 195 oder 12,9 Proz. Entschädigung erforderten. Von allen neuen entschädigungspflichtigen Unfällen waren 60 Proz. auf Maschinen und 40 Proz. auf andre Gefahrenquellen zurückzuführen. Auf durchschnittlich 1000 Personen kamen 2,63 neue entschädigungspflichtige Unfälle. Die Maschinenunfälle erforderten 61,2 Proz. der ganzen Entschädigungssumme oder insgesamt 134 362 Mk.; die andern Unfälle erforderten 81 980 Mk. = 37,7 Proz.; alle neuen Unfälle zusammen erforderten pro Kopf der Versicherten 1,17 Mk. Entschädigung für das ganze Jahr. Von den erstmaligen Entschädigungen entfielen nach der Zahl der vorhandenen Maschinen (vgl. Nr. 148 von 1921) auf je 100 Sehmächinen 0,02, Tiegeldruckpressen 0,78, Buchdruckschneidpressen 0,44, Steindruckschneidpressen 1,35, Rotationsmaschinen 1,73 und auf Schneidmaschinen 0,14. Von den 481 im Jahre 1920 gemeldeten Unfällen an Schneidpressen ereigneten sich zwischen Form und Auftragswalzen 71 (32), an Zahnradern 43 (14), an Zahnstange und Fundament 13 (4), zwischen Zylinder und Bandrolle 43 (6), am Triebwerk unter dem Auslegeblech 8 (2), beim Auf- und Absteigen und Fallen vom Erllie 5 (5), durch Sineingeraten in die Farbwalzen 25 (3), durch Sebel am Gefelle 12 (1), durch Spindelrollenzapfen 2 (—), durch Zugsegeren und Bänderrolle am Auslegeblech 14 (3), durch Anlegeblech 14 (2), durch Anlegeapparat 59 (5) und bei sonstigen Gelegenheiten 124 (10); die eingeklammernten Zahlen betreffen jene Unfälle, die eine Unfallerschädigung erforderten, also ernsterer Natur waren. Von den 301 gemeldeten Unfällen an Tiegeldruckpressen ereigneten sich 201 (75) zwischen Tegel und Form, 9 (1) an der Zugstange und 102 (12) an sonstigen Stellen. Von 212 (29) Unfällen an Rotationsmaschinen ereigneten sich 35 (3) zwischen Druck- und Plattenzylinder, 177 (26) an sonstigen Stellen. Einzelne Gefahrenstellen an den Sehmächinen sind für 82 (1) Unfälle nicht verzeichnet. Von den 66 (14) Unfällen an Schneidmaschinen ereigneten sich 36 (8) am Messer und die übrigen an sonstigen Stellen. An Motoren kamen 3 (2) Unfälle vor, an Transmissionsen 15 (4), an Rundhobel 6 (3), an sonstigen Stereotypieapparaten 92 (7), an Kreislägen 33 (3), an Falzmaschinen 16 (4), an Stanz- und Prägemaschinen 36 (6), an Hestmaschinen 135 (6), andre Buchbinderei-

maschinen 68 (5), andre Urbeitsmaschinen 130 (11), Aufzüge, Flaschenzüge, Sebmächinen 36 (10), leuzergefährliche, heiße und ätzende Stoffe 57 (5), Einfuhr, Serab- und Umfallen von Gegenständen 100 (14), Auf- und Abfallen von Sand, Steben, Tragen usw. 290 (21), Fuhrwerk 131 (15), Fallen von Treppen, in Vertiefungen, auf ebener Erde usw. 494 (104), Fallen von Leitern 41 (6), sonstige Ursachen 395 (30).

Vorstehende Übersicht der Gefahrenquellen findet ihre sinngemäße Zusammenfassung in dem sogenannten Gefahrenkatalog, in dem die einzelnen Berufs- und Arbeitsgruppen oder Gewerbegebiete innerhalb der Berufsgenossenschaft nach den Unfallgefahren eingeteilt sind. Der gegenwärtige Gefahrenkatalog enthält 14 Gruppen, die nach ihrer Gefahrentiefe folgendermaßen abgestuft sind: Rotationsdruck Gefahrenziffer 9; Flachdruck 7; Stereotypie 5, mechanische Werkstätten; Schlosserei, Tischlerei u. dgl. 4; Stein-, Kupfer-, Licht- und Notendrucker 3,5, andre Personen im Buchdruckereibetriebe 3; Zeitungsträger 3; Schriftgießerei- und Metallgießereibetriebe 2; Buchbinderei, Briefumschlag- und Tüschherstellung 2; Chemische, galvanoplastische Anstalten und Nilschneefabrikation 1,5; Maschinenleger und Sebmächinengießer 1; Sandsteher und Maschinenbedreiber (Salter) 1; Linieranfalten 1; Lagerer in Verlags- und Papierhandlungen 1 und Holzschiff (typographische Anstalten) 0,5. Diese Gefahrenklassen oder -ziffern sind errechnet aus der durch die betreffenden Gewerbegebiete erfahrungsgemäß erwachsenen durchschnittlichen Belastungen der Berufsgenossenschaft aus Betriebsunfällen. Es kann daher die vorstehende Gefahrengruppierung gleichfalls als Warnungstafel für die betreffenden Berufsgruppen zur verstärkten Vorsicht dienen.

Die Betriebsbedingungen durch die technischen Aufschübe beizubehalten erstreckten sich im Jahre 1920 auf 1691 (20,5 Proz.) Betriebe von 8230 Betrieben mit 48 354 (26,1 Proz.) von 185 256 Versicherten. Eigentliche Betriebsbedingungen wurden 1709 vorgenommen, Lohnbuchprüfungen 1530, Rentenempfängerkontrollen 4. Für die Betriebsbedingungen kamen 555 Revisionstage, für Lohnbuchprüfungen 34 und für sonstige Zwecke 152 in Frage. Diese Überwachung der Betriebe führte zur Feststellung folgender Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften: Betriebsanlage 31, Betriebsführung 2, Erste Hilfe 868, Ein- und Ausstricher an Maschinen 267, Zahnrad 231, Speichenräder 443, Kette und Schrauben 71, Allgemeine Einrichtungen 44, Bewege Telle 275, Fehlerhafte Arbeitsweise —; an Schneidpressen: ausf. Maschinenleite 129, Kreisbewegung 36, Zahnstangen 360, Kalfstangen 27, Form und Walzen 1380, Einlegerstände 41, Fanggabelrolle 301, Seitengestellöffnungen, Brückenwelle 2425, Steuerungsteile 55, Anlegeblech 3, Auslegezuggefahrte 148, Enge an Bandrolle 65, Getriebe unter Auslegeblech 113; an Rotationsmaschinen: Schutzstange zwischen Druck- und Plattenzylinder 97, Schutzklänge zwischen den Druckzylindern 26, Verblockung des Antriebs 26, Schutz vor Farbwerk 3; an Tiegeldruckpressen: Wändelschub 1091, unfallgefährliches Arbeiten 62, gefährliche Enge 331, Druck- und Farbwerkstabelle 154; Kopidruckpressen, Verformmaschinen 21, Gieß-, Sebmächinen, Stereotypieapparate 12, Rundhobel 40, Matrizenkalandar 24, Kreisläge 48; Kraxmaschinen 52, Triebwerke 462, Elektrische Anlagen 234, Winden und Kran 7, Fahrtritte 21, Ausbänge 356. Das Fehlen der Warnungstafel an Schnellpressen (wegen Verbots von Sanierungen zwischen Form und Walzen bei laufender Maschine) mußte besonders häufig gerügt werden. Die Stumpfheit der Unfälle durch Spieleneiederdrücken beweist leider deutlich, daß diesem Verbot viel zu wenig Beachtung geschenkt wird. Dieser Abstand dürfte unfrei Erwackens nur durch eine entsprechende Schutzvorrichtung in Verbindung mit selbsttätiger Maschinenausrichtung in seinen sehr bedenklichen Folgen wirksam zu bekämpfen sein. Sowie uns bekannt ist, hat ein bekannter Leipziger Druckerkollege in letzter Zeit eine solche Schutzvorrichtung erdacht, die einfach und sicher ist und bei entsprechender praktischer Anpassung an die Arbeiterfordernisse sehr wohl dazu beitragen kann, diese unheimliche Gefahrenstelle an den Schnellpressen zu beseitigen. Erfreulicherweise ist es ja endlich auch gelungen, die ebenso gefährliche Stelle zwischen Zylinder und Bandrolle durch eine entsprechende neue bewegliche Lagerung der Bandrolle erheblich abzuschwächen (die beiden Maschinenfabriken König & Bauer sowie Bohn & Serber in Würzburg haben diese Schutzvorrichtung zur Einführung gebracht). Volkommen selbsttätige Tiegeldruckpressen sollen ebenfalls in Bau sein; wodurch Betriebsunfälle beim Tiegeldruck fast restlos beseitigt werden könnten. Ob jedoch die technischen Ansprüche durch diese neuen Maschinen befriedigt werden können, steht noch dahin. Vom unfallverhütenden Standpunkt aus wäre es zu begrüßen, wenn eine derartige vollkommen selbsttätige Tiegeldruckpresse sich in der Praxis bewähren könnte. Besonders Beachtung verdient auch eine Schutzvorrichtung zur Vermeidung zahlreicher Unfälle an dem Überführungsschleifen an Sehmächinen, worüber auf Seite 46 des Geschäftsberichts der Berufsgenossenschaft für 1920 näheres nachzulesen ist.

Nicht genügende Beachtung des Rauchverbots nach § 23 (Abs. 19) der Unfallverhütungsvorschriften wird in dem Geschäftsbericht ebenfalls festgestellt und darauf hingewiesen, daß sowohl der Unternehmer wie sein Vertreter nach § 3 verpflichtet sind, Beachtung dieses Verbots zu kontrollieren, daß sie wie die Versicherten bestraft werden können, wenn sie gegen dieses Verbot verstoßen. Dieses Verbot soll in erster Linie dazu beitragen, daß nicht wieder die sogenannte Gewerbekrankheit der Buchdrucker, die Pleuritis, Verbreitung finden soll. Wie wir bezüglich dieses Punktes in Erfahrung brachten, würde dieses Verbot in manchen Fällen mehr Sympathie bei den Vers-

pflicht, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren. Wenn bei G. m. b. H. ein Aufsichtsrat besteht, das Aufsichtsratsfunktionen ausübt, so sind in dieses ebenfalls Betriebsräte zu entsenden. Die Sozialdemokraten beantragen eine neue Formulierung des diese Bestimmung enthaltenden § 1 wegen Undeutlichkeit und einen Zusatz zum Betriebsrätegesetz folgenden Inhalts: „Bei den berechtigten Gewerkschaften, für die ein Aufsichtsrat nicht besteht, werden ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Grubenvorstand entsandt, für die im übrigen die Bestimmungen des Gesetzes gelten.“ Hierüber wird in diesen Tagen beraten, so daß das Gesetz auch bald im Plenum in letzter Lesung angenommen wird.

Brotpreiserhöhung und M.D.B. Das „Korrespondenzblatt“ des M.D.B. nimmt die Erhöhung der Brotpreise Stellung und sagt in der Hauptsache: „Jeder wird für den Mehraufwand und die Kosten, so daß eine Preis-erhöhung die andere treiben wird. Auch Lohn-erhöhungen können nicht ausbleiben, denn man kann den Arbeitern, Angeestellten und Beamten nicht zumuten, sich diese Mehrausgabe an ihren ohnehin unzureichenden Bezügen noch abzusparsen. Neue Unruhen im Wirtschaftsleben, Preis-

kämpfe und Lohnbewegungen werden die unausbleibliche Folge sein, besonders schlimm wird es wieder den Sozialrentnern ergeben, die von ihnen immer mehr entwerteten Renten und Pensionen nicht leben können.“ Nach der Feststellung, daß die Verantwortung für eine solche katastrophale Entwicklung diejenigen tragen, die die Gemeinbewirtschaftung des Brotgetreides jahrelang systematisch untergraben und schließlich zu Fall gebracht haben, heißt es wörtlich: „Angesichts der bedrohlichen Markverflechtung im Oktober 1921 hätte man die Umlagemenge erhöhen oder wenigstens inländisches Getreide zur Sicherung aufkaufen können. Man konnte ferner den Preis des abzuliefernden Getreides herabsetzen, da den Landwirten der Verkauf des freibleibenden Getreides unerwartet höhere Gewinne verbleibt. Man hätte einen Teil der Valutagewinne für die Sicherstellung der Volksernährung erlassen können oder schließlich die öffentliche Brotverforgung auf die minderbemittelte Bevölkerung beschränken können, um für diese erträgliche Preise zu behalten. Von alledem ist nichts geschehen. Das Umlagegetreide ist auch noch keineswegs sichergestellt, da erst 1,9 Millionen Tonnen oder 72 Proz. des Umlagegotts abgeliefert sind. Man hat die Landwirte hitzig verdienen lassen, und den vollen

Schaden tragen das Reich und die Verbraucher. Auch jetzt noch sollen die einheimischen Erzeuger geschont werden. Keine Sonderleistung für die Brotverforgung, keine Steigerung der heimischen Getreideerzeugung durch Pflanz- und Anbau ist in Aussicht genommen: Erhöhung des Brotpreises ist der einzige Ausweg, den der Reichsernährungsminister kennt. Diese Ernährungspolitik des Reichsernährungsministers Hermes schließt sich innig seiner Steuerpolitik an: die der Heranziehung des Besten durch Erfassung der Sachwerte ängstlich ausweicht und die Steuerquellen der arbeitenden Bevölkerung um so ergebliger fließen läßt. Wir bekämpfen dieses Schlimme der Abwälzung der Lasten auf die Nichtbesitzenden und können auch in der Brotpreiserhöhung nichts anderes erblicken als eine Entlastung des Reichshaushalts durch Mehrbelastung des Verbrauchers, anstatt des Besten. Um so dringlicher müssen wir fordern, daß mit dieser ungerechten Politik ein Ende gemacht wird, da sie das Volk erbittert und uns wirtschaftlichen und innerpolitischen Katastrophen entgegenreibt, bei denen mehr als eine Regierung auf dem Spiele steht.“

(Stier zu einer Beilage.)

Norddeutscher Maschinenfabrikverein (Sitz Hamburg)

Samstag, den 12. Februar, nachmittags pünktlich 3 1/2 Uhr, im „Gewerkshaus“, Besenbinderhof, großer Saal oben:

Generalarbeitung

Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Jahresbericht und Kassenabrechnung, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Verschleßes, 5. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Abends 6 1/2 Uhr zur Feier des Stiftungsfestes gemüthliches Beisammensein mit Damen im oben angeführten Saale. Hierzu laden freundlich ein

Vorstand und Vergütungskommission.

Bereinigung der russischen Geher in Berlin

Samstag, den 2. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2:

Erste Jahreshauptversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstehenden, Kassierers und der Revisoren, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Eventuelle Statutenänderungen, 4. Wichtige berufliche Mitteilungen und Verschleßes, 5. Zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich. Der Vorstand.

Die Geschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

Band I kostet **2,50** Mk. das Stück.

Durch den Buchhandel bezogen erhöht sich der Preis auf 25 Mk. Sie ist eine wahre Fundgrube für jeden vorwärtsstrebenden Kollegen.

Porto und Verpackung

In der Nahzone 1 Stk. 6,50 Mk.; 2—3 Stk. 8 Mk.; 4—7 Stk. 14 Mk. In der Fernzone 1 Stk. 9,50 Mk.; 2—3 Stk. 11 Mk.; 4—7 Stk. 20 Mk.

Zu beziehen durch den

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G.m.b.H. / Leipzig, Salomonstr. 8 / Postfachkonto 53430 / Fernruf 12789

Neue Unterrichtsbücher für Buchdrucker

Das anerkannt beste Lehrmaterial in Wort und Bild für den sachlichen Nachwuchs, unentbehrlich als Ratgeber in allen schwierigen Fällen der Praxis [218]

Druckerbrief Druckerbrief Geherbrief

Nr. 16

Nr. 17

Nr. 13

Der Druck von Illustrationen

Der Druck von Illustrationen

Der Abzidenzjah (mit 31 Beispielen)

Zu beziehen zum Einzelpreis von 8,50 Mk. für jeden Brief einschl. Porto und Verpackung vom Verlag Julius Maier, Leipzig-Pl., Senefelderstraße 13/17. Postfachkonto 6621. Beitrag vorher einlösend oder durch Nachnahme.

Schriftgießer

für Komplettschneidung gesucht. [278] Schriftgießerei E. Wagner, Leipzig, Gabelsbergerstraße 1a.

Junger

Schriftgießer

im Werk, Inseraten- und Abzidenzjah bewandert, sucht sofort Stellung. Ggal wohlh. Werke Angebote unter Nr. 285 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbelen.

Abzidenzgießer

26 Jahre alt, gute Zeugnisse, ungehindert, befähigt Korrekturen zu lesen sowie firm im Umbruch besserer Werke und Zeitschriften, sucht sich in Groß-Berlin zu verändern. Angebote unter Nr. 281 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbelen.

Schriftgießer

sucht sofort Stellung im befehlten Gebiet oder Saargebiet. Bewandert in allen Sorten. Zeugnisabchriften stehen zur Verfügung. Ist auch gewillt, sich an der Schmalzlinie auszubilden. Offerten unter Nr. 249 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbelen.

Wo Rotation?

Großbetriebe in Süddeutschland bevorzugt, aber nicht Bedingung. Auswärtige Offerten mit Lohnangabe unter Nr. 275 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbelen.

Linotypsetzer

gesucht. „Germania“-A.G. [277] Berlin C2, Stralauer Straße 25.

Wir suchen erfahrenen [269]

Illustrations- und Farbendruck

für Dreis- und Vierfarbendruck in bauernde Stellung. Gerg & Co., Künsterplatz, Nürnberg.

Glaciertypsetzer

sofort gesucht. [282] Philipp Reclam jun., Leipzig.

Tüchtiger Schriftgießer

im Werk (fremdsprachlich), Inseraten- und Abzidenzjah bewandert, sucht zu baldigem Eintritt Stellung. Süddeutschland bevorzugt. Offerten unter A. Z. 206 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbelen.

Westfalen!

Tüchtiger Geher, 20 Jahre alt, für jede Sahart (Abzidenz bev.) sucht sofort Stellung. Angebote erbelen an Walter Ottenstein, Goeßl i. W., Al. Dohle 29.

Schweizerdegen

vornehmend Drucker, sucht ein prächtiges, vorzügliches, preisgünstig wol. Angebote unter Nr. 267 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbelen.

Junger, fleißiger Maschinenmeister

(Schweizerdegen) sucht Stellung. [272] Angebote erbelen an Karl Schmidt, Harenstein 44 B (Bezirk Chemnitz).

In keinem Haushalte sollte eine Schwarzwädrer Rindfleisch

fehlen! Ich liefere solche in Friedenstauchqualität, Höhe 30 cm, prachtvoll geschmiedet, solid und dauerhaft gearbeitet, mit Ia Messingwerk, halbmondförmig einmal und ründlich die volle e-hundzahl „Rindfleisch“ ruend, für nur 250 Mk. pro Stück. Zahlreiche, freiwillige Dankschreiben. Bestellen Sie sofort, bevor der Vorrat verhandelt ist! Versand per Nachnahme. Porto und Verpackung werden nicht berechnet. Erich Ruy, Leipzig-Pl. 5, Giffstraße 6.

Ein neues Prinzip

für die Selbstherstellung von Zigaretten bringt die ges. gesch. Zigarettenmaschine „Efos“ zur Anwendung. Sinnreiche Konstruktion! Billiges Rauchen! (Tsch. Anerkennungen! Preis 10 Mk. (ausschl. Porto) geg. Nachn. Efos-Versand, Berlin SW61, Postfach H.

Leipzig!

Die Vortragsreihe über: [279] „Frauenhygiene“ beginnt 7 1/2 Uhr abends. Schluß 8 1/2 Uhr. Der Bildungsausschuß.

Der Offsetdruck

VERLAG VON PAUL SCHUBERT TAULNA-GAMNORSTR. 30 BEZ. LEIPZIG

Teilzahlung

Uhran, Wecker, Regulatoren, Gold-, Silber-, Lederwaren, Schirme, Koffer, Lasterwagen, Rasierer, Rauchartikel, Kammo, Musikinstrumente, Sprachapparate. Photo-Spezialliste. Katalog 1500 Abteil. kostenlos. Jonass & Co., Berlin A. 407 Gelle-Alliance-Strasse 7-10

Sicherheitskannen

für Benzin usw. in Messingausführung liefert. [214] Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.

Schorch Käppler

(erster Abzidenzmeister aus Berlin), Hans Karp (genannt Hans Karp in allen Ecken), Karl Tommes (Buchhändlerrevisor aus Anna L. W.), Ernst Buch (Drucker aus Hannover und Geher aus Rumänien), wo steht Ihr? Wiedersehen auf der Martini! Gebt bitte ein Lebenszeichen von Euch an Euren früheren Reize u. Kunstkollegen Gaeche, Ernst (genannt Oberst), zur Zeit: Dessau, Ahajienstraße 5 b.

Käse

wirklich schöne, schmilffeste und schmackhafte Ware, in Rollen von ca. 9 Pfd. 16 Mk. per Pfund, franco einschl. Verz., Nachn. Start Armbruster, Käselager, Altrahlfeldstr. 16 (Sollf.), 1266

Am 13. Januar verstarb unser lieber Kollege, der Invalide und älteste Geher [270]

Josef Simon Ehrenstein im Alter von 88 Jahren. Er möge in Frieden ruhen! Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Trier.

Am 13. Januar verstarb nach längerem Krankenlager unser früherer Obmann, der Geher [271]

Ernst Wernig aus Kalbach. Seine uneigennütige Bemühung sicher ihm ein bleibendes Andenken. Das Personal der Buchdruckerei W. Gröthmacher, Berlin.

Nach kurzer Krankheit verstarb im Alter von 58 Jahren unser lieber Kollege, der Geher [271]

Julius Richter aus Niederhahndorf b. Herrndorf. Wir werden ihm stets ein treues Gedenken bewahren! Die Kollegen der „Dresdener Volkszeitung“, Raden & Co.

Am 17. Januar verstarb an der Schwindsucht, die schon zwei seiner Geschwister bedingungslos hat, unser lieber Kollege, der Drucker [283]

Erhard Köhler aus Breslau, im Alter von 36 Jahren seines Leidens schon vor acht Jahren Invalide geworden, war ihm der Tod Erldung. Obre seinem Andenken! Ortsverein Breslau.

Am 13. Januar verstarb nach längerem Krankenlager unser lieber Kollege, der Geher [284]

Rudolf Schröder aus Magdeburg, im 38. Lebensjahr. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren. Der Ortsverein Magdeburg.

Nach langen, schwerem Siechtum verstarb am 13. Januar unser lieber Kollege, der Geher [287]

Franz Siegmann aus Würzburg, im Alter von 57 Jahren. Dem Verstorbenen, einem tüchtigen Betriebsmitglied und energischen Vertreter der Wehlfahrtsinteressen, wird ein dauerndes Andenken bewahren. [287] Die Mitgliedschaft Würzburg.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer

Einzelnnummer 50 Pfennig. Postabnahme für die
Zahlung extra. Barzahlung bei Bestellung.

Beilage zu Nr. 10 — Leipzig, den 24. Januar 1922

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und
Sonntags früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Gewerkschaftsrevue

Vordruckschauen und Rückwärtsblicke, diese beiden Notwendigkeiten ergeben sich für jeden, der für die Zukunft aus der Vergangenheit zu lernen beabsichtigt. Namentlich in wirtschaftspolitischer Beziehung sind jene Notwendigkeiten gegeben, und die Jahreswende ist der geeignetste Zeitpunkt zu einem Rückblick und Ausblick vom gewerkschaftlichen Standpunkte. Gerade der diesmalige Jahreswechsel bietet ja einen Anschauungsunterricht von besonderer Eindringlichkeit.

Ein schweres, sorgenvolles Jahr liegt seit einigen Wochen hinter uns. Sanktionen und Reparationen, wüste Spekulationen, wucherliche Ausbeutung, unerlöschliche Preissteigerungen, neue Steuern, harte Lohnkämpfe haben ihm das Gepräge. Die unbilligen Beschränkungsmaßnahmen der Siegerstaaten riefen eine starke Bemerkung des heimlichen Wirtschaftslivens hervor, unter welcher die Arbeiterklasse am schwersten zu leiden hatte. Das Londoner Ultimatum verstärkte die unheilvollen Wirkungen noch, und obendrein übertrafen sich die Folgen der wirtschaftlichen Bergewaltungen Deutschlands durch die alliierten Länder in starkem Maße auf diese selbst. Darauf war es hauptsächlich zurückzuführen, wenn es um die Jahreswende zum teilweise Zusammenbrüche des Verfallers „Friedensvertrags“ kam, der anfangs auf Jahreszahlungen von unbegrenzter Dauer mit unbekannter Endsumme aufgebaut war, und der sich nach London in ein Zahlungsprogramm mit zwar begrenzter Endsumme, aber mit unbegrenzten Wertsteigerungen der Zahlungsmittel umgewandelt hatte. Was für jeden Einzelnen längst klar war, daß nämlich Deutschland die ihm von der Entente auferlegten Zahlungsverpflichtungen nicht zu erfüllen vermag, das ist nunmehr zur Tatsache geworden. Die Konferenz von Cannes trat notgedrungen die ersten Maßnahmen zur Lockerung des ungeborenen Druckes, der auf dem gelamten europäischen Wirtschaftsleben liegt. Nur durch das Zusammenwirken aller Staaten kann den weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprochen werden. An der Unmöglichkeit, nur einzelnen Ländern die Kriessknoten für die Wiedergutmachung der Kriegsverwüstungen aufzuerlegen, kann der Rücksicht des französischen Ministerpräsidenten, Clemenceaus, nicht übersehen werden, wie die von den Franzosen behaupteten, im Parlament ausgeführte Entlastungsmaßnahme gegen Cannes.

Infolge der ungeheuerlichen Valutalichhebungen wurden die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands immer drückender, und die im Vorjahr eroberte Forderung der Arbeiterparteien nach steuerlicher Erlassung der Sachwerte wurde auch von den Gewerkschaften kräftig unterstützt. Ein greifbarer Erfolg ist bis jetzt leider noch nicht zu erzielen gewesen. Die Vertreter des Bodens und Realbesitzes hatten es mit der Heranziehung der Sachwerte weniger eilig als mit der Zustimmung zu einem Steuerabgabe von Arbeitslöhne. Sie verknagten sich hinter der Undurchführbarkeit einer solchen Entlastung und erklärten sich bereit, ihren eigenen Kredit dem Reiche zur Aufnahme einer Reparationsanleihe zur Verfügung zu stellen. Als Gegenleistung für ihre Kredithilfe verlangten die Vertreter des Privatkapitals außer dem Verzicht auf die Sachwerte und der Aufhebung ihrer Kreditanleihe auf lässige Steuern auch noch die Entlastung der Eisenbahnen und die Befreiung des Wirtschaftslebens von allen die freie Betätigung und Entwicklung hindernden Fesseln, also Behebung des Reiches durch die Privatwirtschaft und Raum für die wirtschaftlich Starken. Verzicht auf Sozialpolitik und Sozialisierung! Ob die Kreditaktion mit industrieller Hilfe oder durch unmittelbare Reichsanleihe zustande kommt, ist noch nicht sicher. Sicher aber ist, daß im Laufe des Jahres noch harte politische und wirtschaftliche Kämpfe entbrennen werden wegen der inneren Auswirkung der Erfüllungspolitik der Reichsregierung gegenüber der Entente. Ohne eine energische Erlassung des Besizes ist weder eine Erfüllung der in Cannes mobilisierten Reparationsleistungen, noch eine Geländung unter Staatsfinanzen denkbar.

Nach ist die letzte Station des Leidenswegs unseres Volkes nicht in Sicht. Die Annahme ist keineswegs berechtigt, daß infolge der Beschlüsse von Cannes eine Erleichterung der deutschen Wirtschaftslage eintreten wird. Im Gegenteil ist mit einer Verschärfung der Lage der Arbeiterklasse zu rechnen, wenn sich der Marktkurs festigt und somit die deutsche Ausfuhrmöglichkeit, besser gesagt Schleuderkonkurrenz, anhört. Wenn es dann nach dem vorkriegszeitlichen Rezept weitergehen sollte, dann würde sich das Unternehmertum für den Einnahmeverlust in erster Linie an der Arbeiterklasse schadlos zu halten suchen, durch Arbeiterentlastungen, Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung. Einem solchen Beglücken werden sich die Gewerkschaften jedoch entschieden widersetzen. Sie haben im Vorjahre mehr als einmal bewiesen, daß die Zeiten endgültig vorbei sind, in denen sich die Gewerkschaften auf Lohnkämpfe, Unterlieferungsweisen und sozialpolitische Forderungen beschränkten. Es gibt beinahe keine Frage der inneren und äußeren Politik, bei der die Gewerkschaften

als die harten Wirtschaftsvertrags der Arbeiter nicht ein gewichtiges Wort mitzureden hätten. Sie haben heute nicht bloß inmitten der Wirtschaftspolitik, sondern auch die inner- und außerdeutschen Fragen der hohen Politik sind ihnen nicht mehr fremd. Gewerkschaftsvertreter verbanden mit auswärtigen Regierungen und Behörden wie mit interalliierten Vertretern, und auch die Reichsregierung wußte den Einfluß des ADGB, zu wärzigen.

In arbeitsrechtlicher Beziehung lebte es nicht an allerhand Gesetzesentwürfen, die geeignet waren, das gewerkschaftliche Leben zu bewahren, wegen der zum Teil rückwärtsgerichteten Tendenzen, die in diesen Entwürfen erkennbar wurden. Ein stark angefeindete neue Schlichtungsordnung und ein Arbeitsnachweisgesetz, ein Arbeitszeitgesetz und ein Hausgehilfengesetz wurden dem vorläufigen Reichswirtschaftsrats zur Begutachtung unterbreitet, und ein Arbeitslosenversicherungsgesetz sowie ein Tarifvertragsgesetz bereits zur öffentlichen Diskussion gestellt. Qualität und Quantität standen bei der im Vorjahre zu verzeichnen gewesen sozialpolitischen Hochkonjunktur nicht immer in Einklang. Die Entwürfe zur Schlichtungsordnung und zum Arbeitsnachweisgesetz waren in dieser Hinsicht typisch. Wenn die Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrats diese Entwürfe ihre Zustimmung verweigerten, so bewies das, wie wenig befriedigend die sozialpolitische Gesetzgebung teilweise war.

Die Entwicklung der freien Gewerkschaften hat im vergangenen Jahr einen gewissen Stillstand erreicht. Das Jahr 1920 schloß mit einem Bestande von 8025682 Mitgliedern ab. In den drei ersten Quartalen des Vorjahres ging die Mitgliederzahl auf 7821679, 7827805 und 7921752 zurück. Dieser geringfügige Rückgang ist auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen. Das vierte Quartal brachte einen stärkeren Rückgang durch den Abtritt der Angestelltenverbände zur Ma, was keinen Verlust für die Gewerkschaftsbewegung bedeutet. Größere Mitgliederzunahmen sind angesichts der deutschen Wirtschaftslage nicht zu erwarten, eher ist infolge der Abtrennung Oberschleiers mit weiteren Verlusten zu rechnen. Das braucht jedoch nicht zu beunruhigen, denn die Kampfkraft der deutschen Gewerkschaften wird dadurch nicht beeinträchtigt. Wenn die organisatorische Schulung der deutschen Arbeiterklasse noch eifriger betrieben wird, als es bisher möglich war, dann dürfte diese allen künftigen Kämpfen gewachsen sein.

Das Jahr 1921 schloß mit dem neuen Jahre, das heißt im Jahre, das nicht mehr außer Zweifel, obwohl die Kosten der Lebenshaltung bisher keine Abschwächung gefunden haben, sondern das Gegenteil ist der Fall, versuchen die Unternehmer in allen Ländern, ihre Betriebskosten durch Herabsetzung der Löhne zu verbilligen. Außerdem laufen sie kräftig Sturm gegen den Achtstundentag. Es hängt ganz von den jeweiligen Machtverhältnissen ab, ob es die Unternehmer wagen, direkt auf ihr Ziel loszugehen, oder ob sie es vorziehen, zunächst auf Umwegen den Einfluß der Gewerkschaften zu schwächen. In England, Amerika und Italien sowie in den meisten andern Ländern herrscht eine Arbeitslosigkeit von nie gekanntem Umlange, weil diesen Ländern die Absatzgebiete für ihre Produkte fehlen. Das Unternehmertum dieser Länder nützt die wirtschaftliche Bedrückung ganz offenkundig zur Bekämpfung und Niederhaltung der Gewerkschaften aus. Die Tarifverträge werden für null und nichtig erklärt, und man schreit selbst vor der Anforderung zur gefälligen Zustimmung der Gewerkschaften nicht zurück. In Deutschland war infolge des ungünstigen Standes der Mark, die eine starke Warenausfuhr nach dem Ausland ermöglichte, bisher in fast allen Industriezweigen ein sehr reger Geschäftsgang zu verzeichnen. Darin wird bestimmt ein Umwandel zum Schlechteren eintreten, wenn durch die Zahlungsverpflichtungen der Entente und die damit ererbte Geländung unter Staatsfinanzen eine Besserung und Festigung des Marktkurses eintritt. Damit würde die Verkleinerung der Produkte deutscher Arbeitskraft ins Ausland unterbunden werden, und die gefährlichen Folgen, Betriebsilligungen und Arbeitslosigkeit, treten mit absoluter Sicherheit ein. Dann dürften auch die deutschen Unternehmer ihre Stunde für gekommen erachten, um im offenen Kampfe gegen die Gewerkschaften vorzugehen. Bisher trachteten sie mehr danach, auf indirektem Wege sozialpolitische Einrichtungen aus dem Wege zu räumen (Betriebsräte, Schlichtungsstellen usw.), die Grundlagen und Lebensbedingungen für die Gewerkschaftsbewegung bilden. Unter dem Einflusse der drohenden wirtschaftlichen Depression werden die deutschen Unternehmer auch vor dem offenen Kampfe gegen den Achtstundentag nicht mehr zurückschrecken, um so weniger, als mit dem 31. März 1922 alle Anordnungen außer Kraft gesetzt werden, die auf dem Erlaße der Volksbeauftragten vom 23. November 1918 über die wirtschaftliche Demobilisierung beruhen. Dazu gehört auch die Festlegung des achtstündigen Arbeitstages. Das in Vorbereitung begriffene Arbeitszeitgesetz, dessen auch im „Korr.“ kritischer Entwurf sich ebenfalls in stark rückwärtsgerichteten Zügen bewegt, muß bis zum 1. April d. S. verabschiedet sein, sonst gibt es keine gesetzliche Arbeitszeitbeschränkung mehr. Das letztere wäre dem Unternehmertum zwar das liebste, aber diese Trauben werden sich doch als recht sauer

erweisen. Es wird dafür gefordert werden, daß die wichtigsten Demobilisierungsmaßnahmen in anderer Gelebensform weiterbestehen bleiben. Allerdings wird auch die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit durch die Tat und nicht bloß in Worten beweisen müssen, daß ihr an der Aufrechterhaltung des Achtstundentags ernsthaft gelegen ist. Die Forderung, die außer ihrer regulären Arbeitszeit im eigenen oder in fremden Berufen noch Ersatzarbeiten leisten oder sich als unverbesserliche Überstundenjäger betätigen, sie sind die Totengräber des Achtstundentags auf Arbeiterseite. Wenn es dafür noch eines Beweises bedürfte, so brauchen wir über unser eigenes Gewerbe nicht hinauszugehen. Die Mitteilungen des Streikes X (Nord) des Deutschen Buchdruckervereins und des Tarifkreises X sowie der Buchdruckerinnung zu Hamburg vom 22. Dezember u. S. brachten folgenden, sehr bezeichnenden Appell an die Prinzipale zur Einholung der Genehmigung für Überstunden durch die Gewerksämter:

„Weslich scheuen sich die Kollegen, für Überstunden die gefällig vorgeschriebene Genehmigung der Gewerksämter einzuholen, obwohl hinsichtlich einer großen Anzahl Überstunden gemacht werden. Dies liegt jedoch keineswegs im Interesse unseres Gewerbes. Zur Zeit ist ein Entwurf über reichsweite Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in Vorbereitung, und es muß uns daran gelegen sein, durch amtliches Material nachzuweisen, daß unser Gewerbe mit der achtstündigen Arbeitszeit nicht auskommen kann. Dies geschieht am wirksamsten durch Hinweis auf die Anzahl der bei den Gewerksämtern eingeholten Genehmigungen für Überstunden. Wird die Genehmigung nicht eingeholt, so können die Arbeitnehmervertreter unter Bezugnahme auf die Berichte der Gewerksämter mit Recht darauf hinweisen, daß ja Überstunden nicht gemacht werden, während in Wirklichkeit das Gegenteil der Fall ist. Um einer etwaigen Durchführung des Achtstundentags vorzubeugen, liegt also ein begründetes Interesse vor, künftighin für Überstunden die Genehmigungen der Gewerksämter einzuholen.“

Durch den sträflichen Eigenwitz der Überstundenjäger werden den Unternehmern bei der Bekämpfung der wertvollsten Revolutionserregenschaft die Karten förmlich in die Hände gelegt.

Die maßlose, wucherliche Preistreibelei der letzten Wochen dürfte die drohende Abwärtskurve noch beschleunigen. Anderswärts bleibt jene, unabweisliche Realpolitik der Wirtschaft neuer Lohnkämpfe in allen Gewerben. Die Zeiten, in denen Lohnforderungen verhältnismäßig leicht durchzusetzen waren, sind indes vorbei. Seit der letzten, im November 1921 eingetretenen gewaltigen Preissteigerung seitlangt sämtliche Lohnbewegungen — auch die mit relativ besserem Erfolg — in Anbetracht der tatsächlichen Notlage nur völlig unzureichende Ergebnisse. Swellesses wird die Situation noch kritischer werden, unter dem von der Entente im Interesse der eigenen Industrie ausgeübten Druck auf Deutschland, seine Finanzen zu verbessern durch Befreiung jeglicher Zuschüsse für Ernährung und Verkehrsweisen. Unter solchen Umständen ist an ein Zurückgehen der Lebenshaltungskosten der arbeitenden Bevölkerung nicht zu denken. Selbst dann, wenn sich die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt in rückläufigen Bahnen bewegen sollte, kann leider nicht damit gerechnet werden, daß die Notlage der deutschen Arbeiterklasse eine wirksame Milderung erfahren wird. Es ist eben insofern, daß es gelting, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung tatkräftig zu beeinflussen, damit Höhe und Tempo der Preissteigerungen nicht ausschließlich von privatkapitalistischer Willkür abhängen, und daß die drückendsten Lasten nicht bloß der wertvollsten Bevölkerung aufgedrückt werden.

Damit kommen wir zum Kernpunkte der Gewerkschaftspolitik überhaupt. Der gewerkschaftliche Kampf ist in erster Linie ein Kampf um den Arbeitsertrag. Bei der fortwährenden Steigerung aller Lebenshaltungskosten ist es selbstverständlich, daß alle Gewerkschaften die Ansprüche ihrer Mitglieder auf höhere Entlohnung mit Entschiedenheit und Zähigkeit vertreten werden. Eine weit wichtigere gewerkschaftliche Aufgabe besteht aber darin, der Arbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß zu sichern, sie aus einem bloßen Objekt der Wirtschaft zu ihrem mitverantwortlichen Träger werden zu lassen. Mit andern Worten: Es gilt nicht allein, die Bedingungen des heutigen Lohnsystems zu verbessern, sondern dieses System aufzugeben. Die Betriebsräte bilden den verheißungsvollen Anfang dazu, in ihnen verkörpert sich die Betriebsdemokratie im Gegensatz zu der früheren Betriebsautokratie, deren Wiederherstellung die Unternehmer lebhaft wünschen. Die Errungenschaften der Revolution sind ihnen längst ein Dorn im Auge, und auf der ganzen Linie rüsten sie zum Kampfe dagegen. Deshalb das Ringen um die politische Macht und das heisse Bemühen, die Gesetzgebung mit rückwärtsstreichendem Geiste zu erfüllen. Die unumchränkte Beherrschung des Produktionsprozesses wird von den Manoevrierern als verbrühtes, unveräußerliches Unternehmerrecht betrachtet, von dem sie sich kein Sofa rauben lassen wollen, koste es, was es wolle. Für die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse ist es daher von ausschlaggebender Bedeutung, ob es geling, der starken

Kapitalmacht eine ebensolche Gewerkschaftsorganisation gegenüberzustellen. Die Zurückdrängung der auf nachdem Profitinteresse beruhenden privathauptkapitalistischen Wirtschaftsprinzipien ist die wichtigste und schwierigste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Noch ist der Kapitalismus nicht überwunden. Nur schrittweise wird das möglich sein, aber auch nur dann, wenn ein sozialistischer Einheitswille alle Hand- und Fiarbeiter befeuert. Nicht der Kampf roher Gewalt durch Überwältigung bringt uns an dieses Ziel, sondern einzig und allein der geistige Kampf, der zur Überzeugung führt!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Bei Konditionsangeboten aus Ostpreußen sind unbedingt vorher Erkundigungen beim dortigen Geworfvorstand einzuziehen. Kollegen! Abt! Strenge Solidarität mit den ostpreußischen Tarifkämpfern!

Berlin. (Kotaktioner.) Eine reichhaltige Tagesordnung lag der Versammlung am 21. Dezember vor. Unter Vereinstellungen berichtete der Vorsitzende zunächst über Verhandlungen mit der Prinzipalität zwecks Frühherlegung der Druckzeit am Vorabend des Weihnachtsfestes. Leider haben die Verhandlungen kein positives Ergebnis gezeitigt, da seitens der Prinzipale technische Bedenken geltend gemacht wurden. Kollege Erbs gab einen Bericht über die Verhandlungen mit der Stein-Druckerorganisation betreffs der Offsetfrage. Im Hand der getroffenen Vereinbarungen gab er eine Kommentierung der einzelnen Paragraphen. Er sprach hierbei den Wunsch aus, daß es gelingen möge, beide Organisationen zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenzuführen, damit die Gehilfenschaft sich reiflos die technische Entwicklung nutzbar machen kann. Sodann berichtete der Vorsitzende über die Tätigkeit der Obkulte während des vergangenen Jahres. Die arbeitsreiche, aber auch nicht erfolglose Tätigkeit, welche durch regen Versammlungsbesuch der Kollegen unterstützt wurde, fand in der Diskussion allseitige Anerkennung. Die en bloc-Wiederaufnahme der Obkulte erfolgte einstimmig. Hierauf hielt Kollege W. Geil einen Instruktionen Vortrag über „Neuzeitliche Druckverfahren“. Er zeigte nicht nur die technische Seite des Ziel- und Offsetdrucks wie des anastatischen und des Manuskriptverfahrens, sondern auch die organisatorische Bedeutung dieser Druckverfahren für uns Buchdrucker. Die Schlussworte des Referenten, daß nicht nur wir Drucker, sondern alle Kollegen der technischen Entwicklung im Gewerbe vollste Aufmerksamkeit zollen müssen, waren, wie der zustimmende Beifall bewies, den Kollegen aus dem Herzen gesprochen. Zum Punkte „Verschiedenes“ ist erwähnt, daß seitens der Kotaktioner der Firma S. S. „Herminie“ lebhafter Kritik an einem Tarifurteil! gelobt wurde, das sich „Herminie“ will auf Grund des § 74 Abs. 4 eine 64stellige Konditionsmaschine bei getrennter Arbeit mit nur drei Druckern zu belieben, trotz ungünstiger Verhältnisse. Die Kollegen protestierten gegen die rein schematische Auslegung des § 74 und verlangten eine mehr individuelle Beurteilung der Befehlsfrage solcher Maschinen. Die Versammlung beschloß, nach Vorliegen des schriftlichen Urteils einen Protest beim Verbandsvorstand einzureichen, um eine Revidierung des Urteils in der kommenden Tarifauschlußung herbeizuführen.

Bremen. (Maschinenleger.) In der gubeluchten Versammlung am 18. Dezember sprach Kollege Zicherp über die Behandlung der Forderungen der Maschinenleger vor dem Tarifauschluß. Er unterrichtete besonders die Tatsache, daß sämtliche Gehilfenvertreter sich für unsere Forderungen einließen, und zwar aus Gründen, die im Interesse des Gesamtgewerbes liegen. Im Schnelllauf vor sich gehende Aufstellung von Sechsmaschinen werde bald dazu führen, daß die Maschinenleger die Avantgarde der Gehilfenschaft würden. Wenn auch die Bestrebungen der Maschinenleger vor allen Dingen auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinauslaufen müssen, so könne das nicht bedeuten, daß wir bis zur Erreichung dieses Zieles die Köpfe in den Sand stecken und auf das nächst Erreichbare verzichten. Aber den Rahmen des Vortrags hinaus richtete Redner dann einen Appell an die Initiative des einzelnen. Es genüge nicht, in den Versammlungen immer wieder die Forderung zu erheben, sondern jeder einzelne müsse auch im Betriebe bei jeder Handlung, die er zu tun beabsichtigt bzw. die von ihm verlangt werde, prüfen, ob sie mit dem uns gesteckten Ziel in Einklang zu bringen sei und der Allgemeinheit diene. In einer anregend verlaufenen Aussprache wurde betont, daß wir die Forderung, eine um 25 Proz. höhere Bewertung der Arbeitskraft, die sich entweder in der Arbeitszeit oder im Lohn ausdrücke, immer wieder erheben müßten. In diesem Sinne könne auch die letzte Bewilligung nur eine Etappe sein zu dem gesteckten Ziele, was bedeute, daß der Tarifauschluß bei seinem nächsten Zusammentritt sich wiederum mit unsern Forderungen beschäftigen müsse. Der Punkt „Technisches“ führte eine lebhaftere Aussprache über die Hartmannschen Fragen herbei. Zu Anfang des neuen Jahres wurde für die Typographen ein Unterrichtskursus eingerichtet, zu welchem Zweck Kollege Sildebrandt sich zur Verfügung gestellt hat.

Gau Mittelrhein. Die Differenzen bei den Firmen Krauth und Wierpach in Eberbach (Baden) sind erledigt, die Sperre ist aufgehoben. Die Firma Raffener in Merstein ist für tarifstreue Gehilfen gesperrt. Bl. München. (Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 26. Oktober hielt Herr Dr. Bernauer einen Vortrag über: „Das Problem der Währungsverbesserung und des Preisabbaues“. Der Redner gab einen inter-

essanten Einblick in die Entstehungsgeschichte des Begriffs Geld, die Bestrebungen um Münz- und Währungsverbesserung, die finanziellen Verhältnisse in den einzelnen Ländern nach früheren Kriegen, die Bestimmungen des Reichsbankgesetzes und den papiernen Milliardenlegen. Er verurteilte die Profferei, das Spekulanten- und Schieberunwesen und forderte, daß von den Spitzen der Gewerkschaften ernsthaft das Problem der Währungsverbesserung in die Hand genommen werden müsse. In der Aussprache wurde von mehreren Rednern die jetzige Wirtschaftspolitik gelobt und die daraus für die Arbeiterklasse sich ergebenden Schlussfolgerungen gezogen. — Die Versammlung am 15. November stimmte 21 Aufnahmen zu und nahm einen Bericht über eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände mit der Regierung, in der eine Aussprache über die wirtschaftliche Lage und die wucherliche Preistreibeirei gepflogen wurde, entgegen. Hierauf erläuterte Kollege Hemmerich die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz am 24. 25. Oktober, woran sich eine Stellungnahme zur Tarifauschlußung am 24. November schloß, die den Kollegen Gelegenheit gab, dem Gehilfenvertreter die Wünsche der Kollegen laut zu äußern, die darin gipfelten, daß ein bedeutender Schritt nach vorwärts getan werden müsse, wenn die Tarifgemeinschaft für die Gehilfen noch einen Wert haben soll. — Am 4. Dezember fand wieder eine Versammlung statt, in der zwei Kollegen aufgenommen, ein Kollege abgelehnt und dann der Bericht über die Tarifauschlußung in Leipzig vom Gehilfenvertreter Hemmerich erstattet wurde. In der Aussprache wurde zwar das Erreichte unter den gegebenen Verhältnissen als befriedigend bezeichnet, aber die Beschlüsse betreffend die sogenannten Sachfabriken und die Vorkurskassa nicht für gut befunden. Ebenso wurde nicht verstanden, warum eine Verkleinerung des Apparats zur Festlegung der künftigen Lohnzulagen nicht möglich sein sollte. — Eine außerordentliche Generalversammlung am 15. Dezember erteilte den beiden Kassierern Entlassung, nachdem der Bericht über das dritte Vierteljahr 1921 der Orts- und Gaukassa ohne Anwendung genehmigt war. Dann wurden die bisherigen Zuschüsse aus der Ortskassa zur Kranken- und Invalidenunterstützung erhöht, und zwar erhalten mit Wirkung ab 1. Januar kranke Kollegen bei mindestens 52 Beiträgen zur Ortskassa täglich 1,50 Mk. auf die Dauer von 26 Wochen; bei über 250 Beiträgen zur Ortskassa täglich 3 Mk. auf die Dauer der Verbandsunterstützung. Invalide Kollegen erhalten bei mindestens 500 Beiträgen zur Ortskassa täglich 1,50 Mk. Der Beitrag zur Ortskassa wird ab 1. Januar 1922 auf 2,25 Mk. erhöht. Alle diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Zum Schluß der Versammlung hielt Herr Deubler einen interessanten Vortrag über „Eperanto und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse der Welt“, in welchem der Vortragende die Entstehung der Welthilfssprache und die Kämpfe schilderte, die notwendig waren, um sich überhaupt und durchsetzen zu können, die dann aber doch nicht gelang. Er erwähnte, daß die Eperanto-Bewegung sehr überaus viele Anhänger zu verzeichnen hat. Im Anschluß an den Vortrag gab sich lebhaftes Interesse für Erwerbung des Eperanto kund, so daß Unterrichtskurse abgehalten werden können. — Am 18. Dezember fand die alljährliche Weihnachtsfeier statt, die durch Mitwirkung des Buchdrucker-Gesangsvereins und dessen Musikabteilung, der Sitarabteilung, der Jungbuchdrucker, eines Mandolinensemble usw. einen sehr würdigen Verlauf nahm. In diesem Jahre konnten in München 74 Kollegen auf 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken, ein Kollege auf 50jährige; im ganzen sind in München nun 615 Kollegen, die 25-50jährige, und vier, die eine 50jährige Verbandszugehörigkeit aufweisen können. Aus Anlaß der Weihnachtsfeier erhielten die Invaliden 50 Mk.; Durchreisende, Arbeitslose und Kranke, welche im vierten Quartal vier Wochen arbeitslos oder krank waren, ebenfalls 50 Mk., Arbeitslose und Kranke, die erst in der Woche vom 11. bis 17. Dezember gemeldet wurden, 25 Mk. Weihnachtsgabe aus der Ortskassa.

Neussadt a. d. S. Zu der Bezirksversammlung am 11. Dezember waren sämtliche pfälzlichen Bezirksvereine durch den Geworfvorstand eingeladen. Vertreter hatten alle Orte der Pfalz entsandt, mit Ausnahme von Bad Dürkheim. Nach Aufnahme eines Kollegen und der Erhaltung des Vierteljahrsberichts ergriff unser Geworfvorstand Conradi (Mannheim) das Wort zu seinen Ausführungen über die letzten Tarifverhandlungen. Vorausschickend wurde ein kurzer Überblick über die Ereignisse seit dem 19. September, und was dann folgte, war eine verbesserte, ausführliche Berichterstattung dessen, was wir schon aus dem Sitzungsprotokoll des „Korr.“ wußten. Dankbar und beifällig wurde der Bericht aufgenommen, der Stoff genug zu einer angeregten Aussprache gab. Mit der Beitragserhöhung waren alle Kollegen einverstanden. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlungsteilnehmer sind mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Conradi (Mannheim), einverstanden. Sie vertrauen ihren Führern und verlagern ihnen die Mittel nicht, die die Organisation nötig hat, um die Lebenshaltung der Gehilfenschaft zu heben.“

□ □ □ □ Literarisches □ □ □ □

„An alle.“ Von Karl Krumm. In dieser Broschüre (68 Seiten Dina) bringt ein Kollege, der sich schon zur Reife in ein besseres Jenetis rüht, seine Lebenserfahrungen zu Papier. Er schlägt nach allen Seiten aus und macht diesbezügliche Anregungen, wie vieles ihm dünkt, wenn... Seine gewichtige Meinung über das Völkermorden bringt er ebenfalls zum Ausdruck und führt als Begründung, neben den vielen andern bekannten, wie verkehrte Auslandspolitik, auch die verkehrte deutsche Bevölkerungspolitik an. Sie ungeheure rasche Vermehrung in den letzten Jahrzehnten habe

die Entente zusammengeschiebelt als gemeinsame Interessenten gegen Deutschland. Im Stand von Entzweiung und aus eigener Erleidung schied sich Krumm in achtbarer Weise, wie unangenehm die Schilderung ist, w. un man wirklich einmal in Not gerät; von kleinen Nöten wie schnell vorübergehenden Krankheitsfällen, selbstverhänglich nicht zu scheuen. Wie sich die Masse des Volkes vor Unrecht und Gewalt wohl vor Mal schützen kann, dazu werden in einer gemeinsamen „Selbsthilfe“-Anregungen gegeben und zu deren Organisierung entsprechende Aufzeichnungen bis ins kleinste gemacht. Die Broschüre kann als das Vermächtnis eines erlauchten, von Unglück verfolgten Kollegen angesehen werden. Preis 7 Mk. Selbstverlag des Verfassers Karl Krumm, Stuttgart, Mühlstraße 92 B.

Terstchiedene Eingänge

„Schulmutterungen der Städtischen Fachschule für Buchdrucker in München.“ Heft 4. Gehilfenstelle: München, Gobelstraße 12 I. „Wirtschaftliches Arbeiterjahr 1922.“ Herausgegeben durch ein Komitee von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien. Dieses handliche, inhaltreiche Taschenbuch kann eine ganze Bibliothek auf allerhöchste Weise erleben und hat außerdem den Vorzug, daß man es ständig bei sich führen kann. Es dient dem Arbeiter als Führer in wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen im Tageskampf, beim Streik, in den Verhandlungen sowie zur Beratung von Kollegen. 256 Seiten, Gebunden 15 Mk. Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfisterstraße 5.

Briefkasten

W. Gr. in S.: Da die „Buchdrucker“ Ferd. Diekmann in allerhöchster nicht der Tarifgemeinschaft angehört, erübrigt sich jede besondere Warnung für Vel der des „Korr.“ Wer auf solche Angebote reinfällt, kann nicht normal sein. — S. S. in Nürnberg: Besten Dank für angenehme Zeitung; die vorbildliche Arbeit ist schon berückichtigt worden. — F. G. in B.: Wird in nächster Zeit untergebracht. — F. G. in M.: Vielen Dank für den gesandten Vorkauf der Regierung entliehenen von Bayern über die Vergebung von Druckaufträgen des Staates an tariffreie Druckereien. In die maßgebenden Organisationsstellen in anderen Bundesstaaten rufen wir die Bitte, uns in der gleichen Weise freundlich zu unterstützen. — W. B. in Fr.: 15 Mk. — S. S. in S.: 30 Mk.

□ □ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostraße 5 II. Fernsprecher: Amt Sürw 12, Nr. 191.

Gau Danzig. Die auswärtigen Mitglieder des Fonds zur Unterstützung der Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder (F. I. S. M.) werden an Einleitung des Zeit. aus, 20 Pf. die Woche für 1921, erinnert, 1921 hat 53 Wochen. Des Stettiner Postkontos Nr. 1 nicht zu benutzen, sondern Postcheckkonto Danzig 7219, Robert Wulff, Wulffplatz 12.

Gau Saargebiet. Mit dem 1. Januar 1922 schied der Bezirk Saarbrücken aus dem Gau Mittelrhein aus, um von diesem Zeitpunkt ab den Gau Saargebiet zu bilden. Kollegen, die Konditionsangebote nach dem Saargebiet haben, müssen vor Abschluß eines Arbeitsverhältnisses Verhandlungen mit Anselm Göhr, Saarbrücken 1, Unter den Eichen 51, einholen.

Abtreffungsveränderungen

- Zinkam.** Vorsitzender: Karl Forst, Demminer Straße 62; Kassierer: Wilhelm Müller, Leipziger Allee 47.
- Do Itund.** Vorsitzender: Franz Elfermann, Hohestraße 131 III; Kassierer: (Machinistenvereinsvereiner), Vorsitzender: E. Gebauer, Wundelstraße 64, pt.; Kassierer: C. Fischer, Coburnstraße 37 III.
- Essen.** (Machinisten-Bezirksverein.) Vorsitzender: S. Müller, Werben (Mühl) Burgerstraße 1; Kassierer: Hermann Kraft, Essen (West), Auglerstraße 34.
- Gardelosen.** Vorsitzender: Alwin Sengge; Kassierer: Otto Glitschenstein.
- Görlitz.** (Machinistenvereiner.) Vorsitzender: Friedrich Wagnerscheid, Dresdener Straße 12 III; Kassierer: Waldemar Geißler, Königsstraße 34.
- Komburg-Mörs.** Vorsitzender: Otto Steudner, Mörs-Schwafheim, Dorfstraße 2.
- Koburg.** (Bezirk.) Alle Sendungen sind bis auf weiteres an Will Smolinsh, Koburg, Wallmühlstraße 14, zu richten; Kassierer: Will Smolinsh, Kantenweg 10.
- Köln.** (Machinisten.) Vorsitzender: August Bongard, Buchstraße 2; Kassierer: Peter ten Eikelder, Große Brinkgasse 4/6.
- Köln.** (Schiffstichter, Stereotypenreue und Galvanoplastiker, Gau Rheinland-Westfalen.) Gaukassierer: Franz Grafer, Köln, Brühlstraße 20.
- Königsfisch.** Vorsitzender: Hermann Joch, Neuenaustraße 28 pt.; Kassierer: Alois Wetzorek, Untenbergstraße 20.
- Lebenscheid l. W.** Vorsitzender: Richard Schmidt, Peterstraße 14; Kassierer: Max Börschner, In der Landwehr 10.
- Mühlhausen l. Th.** Kassierer: Paul Riemann, Weinbergstraße 11.
- Neisse (Ostl.).** Vorsitzender: Emil Wolkte, Bischofsstraße 3 II, Neingersdorf l. Sa. Vorsitzender: Hermann Hille, Friedrich-Auguststraße 162 f.
- Neuwied a. Rh.** Vorsitzender: Ernst Fichter, Wiesenplatz 41; Kassierer: Ambrosius Walfers, Engersstraße 11.
- Oberstein a. d. Rabe.** Vorsitzender: Johann Woll, Schloßstraße.
- Offenbach l. O.** Vorsitzender: Paul Baginski, Gartenstraße 3; Kassierer: Karl Dannerberg, Schloßstraße 1.
- Sollingen (Rhd.).** Vorsitzender: Alfred W., Knauberger Straße 56; Kassierer: Hermann Baginski, Knauberger Straße 7 II.
- Sonnberg l. Thür.** Vorsitzender: Karl Bieri, Tullaplatz 17 II.
- Stargard l. Pom.** Vorsitzender: Wilhelm Müch, Rolenberg 30, Stelp. Vorsitzender: Heinrich Madke, Küsterstraße 19; Kassierer: Wilhelm Mein, Viehstraße 3.
- Welfensfelde.** Kassierer: Fr. Zeilenborn, Guffau-Wolffstraße 20 III.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagerte Adresse):
Im Gau Danzig der Geher Werner Bogowski, geb. in Königsberg 1898, Kragen in Meue 1917; war noch nicht Mitglied. — Köhner in Danzig, Bischofsberg 15.
Im Gau Schleswig-Holstein der Geher Will Krute, geb. in Neumünster 1901, ausgl. d. 1921; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 7.
Im Gau An der Saale der Drucker Julien Plquet, geb. in Porrentruy (Schweiz) 1897, ausgl. in Gen 1916; war noch nicht Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., Kleine Klausstraße 7 I.

Verammlungskalender

- Dresden.** Maschinenleger-Hauptversammlung Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Kaulbachhof“, Kaulbachstraße 23.
- Katowitz.** Generalversammlung Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Korak, Nihilstraße 10.
- Magdeburg.** Maschinenmeisterversammlung Freitag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, im „Wendenheim“.
- Roskow.** Generalversammlung (verbunden mit Bezirksversammlung) Sonntag, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr, in der „Philharmonie“.